



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/220 - 29. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Schwierige Situation für Paris Nach der FEJ-Antwort	32
2	Verzicht auf Initiative Zur Tagung des Bundesausschusses der CDU	49
3	Steigende Radioaktivität? Trinkwasser in Schleswig-Holstein wird untersucht	51
4 - 6	Entwicklungsländer - Partner oder Satelliten? Fruchtbare Gespräche um ein weltpolitisches Problem	108
7	<u>Willi Richter - 65 Jahre</u>	34
7	Aufnahme Francos in die NATO? CSU-Jäger macht sich stark dafür	17

* * *
* *

Schwierige Situation für Paris

sp - Die öffentliche Meinung in Frankreich beurteilt die Antwort der algerischen Aufständischen-Regierung auf die de Gaulle-Erklärung zur Lösung des Algerien-Problems recht negativ. Der sozialistische "Populaire" meint zwar, die Standpunkte hätten sich genähert, da die FLN-Regierung jetzt mindestens den Dialog akzeptiert. Das der Regierung nahestehende Massenblatt "Paris-Jour" läßt dagegen durchblicken, keine französische Regierung könne anerkennen, daß die FLN-Regierung als alleinige Vertretung der Algerier in Erscheinung trete, da sonst die nationale Einheit gefährdet sei.

Entscheidend für diese negative Reaktion in Frankreich ist tatsächlich die Forderung der algerischen Exilregierung, daß sie als direkter und exklusiver Verhandlungspartner mit der französischen Regierung auftreten will und Vorbereitungen auf eine Abstimmung unter der Aufsicht der "französischen Besatzungsarmee" in Algerien ablehnt.

In der vergangenen Woche hatte man - meist von offizieller französischer Seite - durchblicken lassen, Tunesien und Marokko würden der FLN raten, die Vorschläge de Gaulles aufzugreifen. Das ist offenbar nur begrenzt geschehen, oder mindestens hat sich die FLN nicht beraten lassen. Wenn man erfährt, daß sich gerade in diesen Tagen die Attentate häufen, kann man ermessen, wie tief die Kluft zwischen Frankreich und den algerischen Aufständischen nach wie vor ist.

Es wird in den nächsten Tagen nicht an Versuchen fehlen, trotz allem noch eine Verhandlungsgrundlage zu finden. Ob dieser Versuch jedoch Erfolg haben wird, ist sehr schwer vorauszusagen. Die Exilregierung der Algerier fordert die volle Anerkennung als verhandlungsberechtigter Partner und will nur unter dieser Voraussetzung und ohne den Druck der Militärs an einer Befriedigungsaktion mit dem Ziele der Selbstbestimmung teilnehmen.

Das sind harte Bedingungen für de Gaulle. Vielleicht kann aber für die Anbahnung einer friedlichen Lösung des Algerien-Problems die Tatsache in Rechnung gestellt werden, daß zunächst einmal auf beiden Seiten die extremen Elemente in Schach gehalten werden müssen.

Verzicht auf Initiative

sp - Was bereits nach der Bundesvorstandssitzung der CDU erwartet werden konnte, hat die getriggerte Tagung des Bundesausschusses bestätigt: Eine Reform der Parteiführung wird nicht stattfinden. Jedenfalls erwies sich auch der Bundesausschuss der CDU als unfähig zu einer eigenen Initiative, nachdem der Parteivorsitzende unmissverständlich zu verstehen gegeben hatte, dass er nicht bereit sei, seine bisherigen Rechte auf eine kollektive Führungskörperschaft zu übertragen. aufs Neue zeigt sich, dass es in der CDU ein demokratisches Leben solange nicht geben wird, wie alle Einsichten sich gegen den Starrsinn und das Misstrauen des autokratisch regierenden Parteiführers durchsetzen müssen.

Was der Bundesausschuss der Öffentlichkeit zuzumuten zu dürfen glaubte, ist beschämend. Vor einem Vierteljahr sollte er nach dem Willen der norddeutschen Landesverbände bereits zusammentreten, seit fast eben dieser Zeit liegen "Reformvorschläge" der Landesvorsitzenden zur Beratung vor, mit denen wenigstens der Versuch gemacht werden sein könnte, der bisherigen Passivität der Parteispitze durch eine Verlagerung der Kompetenzen und Übertragung klarer Verantwortlichkeiten auf die stellvertretenden Vorsitzenden entgegenzuwirken. Die Einberufung des Bundesausschusses wurde immer wieder verschoben, auch mit der Formulierung konkreter Vorschläge für die Reform kam man nicht voran. Dem Bundesausschuss lagen jedenfalls weder Entwürfe zur Beratung vor, noch ist er selbst hinsichtlich ihrer Formulierung einen Schritt weitergekommen. Dagegen scheint festzustehen, dass einige der Reformvorschläge der Landesvorsitzenden vom 3. Juli schon heute praktisch tot sind. Vor allem die Verminderung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von vier auf zwei und deren Ausstattung mit tatsächlichen Führungsaufgaben - bis jetzt bildeten sie nur die demokratische Kulisse vor der Alleinherrenschaft eines Mannes - wird nicht weiter zur Diskussion stehen, nachdem dieser Mann seine Ablehnung zu erkennen gab.

Der einzige Punkt, von dem noch gesprochen wird, heisst Bildung eines "engeren Vorstandes". Aber gerade dieser besteht auch am wenigsten aus greifbarer Substanz. Denn unter der Bezeichnung "Geschäftsführender Vorstand" besteht bereits seit 1956 ein Gremium, dem der Vorsitzende, die vier Stellvertreter, die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer, die beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und der Bundestagspräsident, insgesamt also 13 Personen, angehören. Worauf es ankommen scheint, ist vielmehr das Tätigwerden dieses kleinen Parteivorstandes. Und gerade daran hapert es nämlich. Denn der Vorsitzende Dr. Adenauer, der für seine Einberufung allein zuständig ist, holte ihn nur selten zu Sitzungen zusammen. Rechte und Aufgaben hatte er nicht. Solange der Parteiführer also nicht bereit ist, sich von seiner Allmacht in der Partei zu trennen und solange die Mitgliedschaft dies hinnimmt - von den Honoratioren ist nach aller Erfahrung kein Widerstand zu erwarten -, ist das Gerede von Parteireform nichts weiter als eine Irreführung der öffentlichen Meinung und der noch an innerparteiliche Demokratie glaubenden Teile der CDU-Mitgliedschaft.

Steigende Radioaktivität ?

zu. - Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich veranlasst gesehen, jetzt in verschiedenen Bereichen des Landes Trinkwasser auf Radioaktivität untersuchen zu lassen, wie es die Sozialdemokratische Landtagsfraktion bereits früher gefordert hatte. Das Landesamt für Gesundheitswesen hat ferner den Auftrag erhalten, die Messergebnisse der Radioaktivität von Boden, Wasser, Luft und landwirtschaftlichen Erzeugnissen auszuwerten, damit die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt werden kann.

Künftig wird an der Westküste des Landes und auf einigen Nordseeinseln regelmässig das Wasser von zehn Zisternen untersucht. An der Westküste im Norden gibt es noch heute rund 6 000 Zisternen, in denen Regen und Grundwasser zur Trinkwasserversorgung von 30 000 Menschen gesammelt wird. Diese Gebiete sind immer noch nicht an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen worden. Da der "Fallout" mit dem gefährlich strahlenden Strontium 90 als Abfallprodukt der Atombombenversuche am konzentriertesten mit den Niederschlägen auf die Erde fällt, ist so der Wasserinhalt der Zisternen am ehesten gefährdet.

Nach den Feststellungen des Landesgesundheitsamtes hat die Strahlungsintensität bisher im Durchschnitt unter der zulässigen Konzentration gelegen. Allerdings stimmt bereits der Hinweis bedenklich, dass die Werte nur "vorwiegend unter der zulässigen Konzentration lagen. Wenn in einem Zisternenwasser höhere Werte gefunden werden, so ergaben sich später auch wieder niedrigere Werte. Nach den bisherigen Erfahrungen ist man der Auffassung, dass kurzfristige Überschreitungen der maximal zulässigen Konzentration keine akute gesundheitliche Gefahr bedeuten".

Vorsorglich weist das Landesgesundheitsamt in Kiel jedoch darauf hin, dass inzwischen Filter entwickelt worden sind, die zum Preise von 300 DM geliefert werden können. Bei Versuchen in der Schweiz fand man, dass mit Torf gefüllte Filtergefässe 95 bis 98 Prozent der radioaktiven Substanzen des Zisternenwassers zurückzuhalten vermögen.

Das Landesgesundheitsamt folgert für Schleswig-Holstein: "Wenn also wider Erwarten in unserem Lande eine schädliche Beschaffenheit bei Zisternenwässern gefunden werden sollte, wäre man in der Lage, durch solche Filter die zu hohe Radioaktivität zu beseitigen". Gleichfalls wird aber darauf hingewiesen, dass die Regierung in Kopenhagen die Entnahme von Zisternenwässern auf der Ostseeinsel Saltholm verboten musste, weil das Wasser zu stark radioaktiv strahlte.

Die Kieler Regierung hat ferner angeordnet, dass die Wakenitz, ein Ablauf des Ratzeburger Sees an der Zonengrenze, aus der die Stadt Lübeck versorgt wird, auf den Gehalt an radioaktiven Stoffen untersucht werden soll. Darüberhinaus hat das Landesgesundheitsamt kürzlich in einem Aufruf die Bevölkerung aufgefordert, "Gesundheitswasserzubereiter", wie sie in den Dreissigerjahren vertrieben wurden, abzuliefern. Es handelt sich hier um Gefässe in Form von Elektrokochern, in deren doppelten Boden stark strahlende radioaktive Substanzen enthalten sind. Überprüfungen mit dem Geigerzähler haben ergeben, dass diese Geräte noch heute eine Strahlung von sich geben, die weit höher als die zulässige Toleranzdosis ist. + + + - 4 -

Entwicklungsländer - Partner oder Satelliten ?

W.W. Der entschlossene Wille der Völker in Asien und Afrika, Not und Elend in ihren Ländern zu überwinden und nach einer langen Epoche kolonialer Unterdrückung endlich zu einer menschenwürdigen Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse zu gelangen, ist auf lange Sicht ein bedeutender und nicht zu übersehender Faktor in der großen Politik. Sie streben Lebensformen an, wie sie sich ihnen bei jenen Völkern mit einer hochentwickelten Industrie darbieten, die sie noch bis vor kurzer Zeit beherrscht und ausgebeutet haben. Ihre Bemühungen erhalten dadurch eine für die Welt und ihre politische Entwicklung entscheidende Bedeutung, daß sie sich im Spannungsfeld des weltweiten Gegensatzes zwischen den USA und den UdSSR vollziehen. Keine Macht, sei es im Osten oder im Westen unserer gespaltenen Welt, vermag sich mehr der Forderung dieser Länder, ihnen Hilfe und Unterstützung zur Schaffung von Grundlagen für selbständige angemessene Lebensbedingungen zu geben, zu verschließen, ohne eine entscheidende Einbuße an politischem Einfluß zu erleiden. Jede Macht versucht aber, diese im afro-asiatischen Raum heranwachsenden Potenzen, denen offensichtlich eine die politischen Verhältnisse im Weltmaßstab ändernde Kraft innewohnt, durch Gewährung von Hilfe unter politischen Bedingungen oder mit politischen Konsequenzen für sich nutzbar zu machen, in der Hoffnung, dadurch ein entscheidendes Übergewicht in der Welt zu gewinnen.

Zentrales Anliegen entwicklungsfähiger Völker

Die Fragwürdigkeit eines solchen Beginns drückte die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Fragestellung an die Teilnehmer einer Wochenendbegegnung aus, die sie am 26. und 27. September in ihrer Heimvolkshochschule in Bergneustadt durchführte. Sollen aus den soeben erst aus der kolonialen Knechtschaft entlassenen Völkern neue Abhängige, Satelliten gemacht werden? Ist es nicht besser, zwischen den entwicklungsfähigen Ländern und den Industriemächten eine neue Form der zwischenstaatlichen Gemeinschaft in der Form einer echten Partnerschaft zu schaffen? Es zeigte sich, daß diese Fragestellung und ihre Beantwortung durch die hochentwickelten Industriemächte zum zentralen Anliegen aller Völker des afro-asiatischen Raumes geworden ist.

Als Vertreter dieser Länder sprachen Miss Daw Than Han aus Burma, Dr. med. Victor Kadalie aus Südafrika und Mr. Lomotey aus Ghana. Sie führten die Not ihrer Länder vor Augen und konturierten als grosse politische Konzeption eine Welt, in der es keine Abhängigkeit mehr geben darf, in der die gleichberechtigte Partnerschaft das herrschende Prinzip des zwischenstaatlichen Zusammenwirkens darstellt. Aus dieser Konzeption entspringt die Forderung, die neugewonnene Unabhängigkeit der Entwicklungsländer unbedingt aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Lebensstandard durch Industrialisierung entscheidend und rasch zu heben, damit die Menschen im afro-asiatischen Raum der drückendsten Not enthoben werden können.

Hilfe - aber ohne politische Bedingungen

Das erfordert grosszügige Hilfe, aber ohne politische Bedingungen, da die entwicklungsfähigen Länder nicht in den politischen Interessengegensatz, der zwischen Ost und West herrscht, hineingezogen werden wollen, wie sie es in der grossen Konferenz von Bandung beschlossen haben. Dazu gehört aber auch, wie Dr. Kadalie sagte, dass die Industrienächte auch dann bereit sind, Hilfe zu gewähren, wenn die jungen Völker sich für andere politische Formen entscheiden, nicht für die Demokratie westlicher Prägung, sondern für sozialistische Formen der Regierung, zum Zentralismus, der aus den wirtschaftlichen Gegebenheiten eines schnellen und umfassenden Aufbaues resultiert.

Es erwies sich, dass die westlichen Mächte diesen Forderungen der entwicklungsfähigen Völker nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Sowohl Dr. Ernest Koss aus USA als auch Dr. Helmut Allard, Generaldirektor für überseeische Länder und Gebiete bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel erkannten diese Forderungen an. Auch sie betonten die Notwendigkeit uneigennütziger Partnerschaft als unabweisbare Notwendigkeit, zur Umgestaltung des Verhältnisses Europa - neue Welt der jungen Nationen. "Wir wollen unseren Freunden in Übersee helfen, ihre eigenen Kräfte zu mobilisieren und auf eigenen Füßen zu stehen," sagte Dr. Allard. Es ist aber ein unbestreitbares Verdienst der Ebert-Stiftung, auf dieser Tagung aufgewiesen zu haben, dass es sich erst in der praktischen Durchführung dieser anerkannten Zielsetzung herausstellt, ob es zu dieser Partnerschaft wirklich kommt, denn die grundsätzliche Anerkennung dieses neuen Verhältnisses zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienächten hat eine Menge politischer,

wirtschaftlicher und moralischer Konsequenzen. Sie erst einmal einzusehen und in die Tat umzusetzen ist eine dringliche Forderung.

Wenn der Kolonialismus abgetan ist, so muss man ihn heute mit allen Kräften überall dort, wo er sich noch zeigt, beseitigen. Vor allem aber im Denken jener westlichen Politiker, die glauben, dass sich aus dem wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder mit veränderter Bevölkerung wirtschaftliche Profite erzielen lassen. Sie sagen Hilfe und meinen Gewinn. Oder, wie Dr. Kadalie aus Südafrika berichtet, wird dort den Afrikanern das Recht der Gleichberechtigung vorenthalten. Statt einer Politik der Integration wird dort die Politik der Apartheid betrieben. Die Weissen wollen von den Afrikanern getrennt bleiben und schliessen sie von den enormen Reichtümern dieses Landes aus, die beide Volksteile reich machen könnten.

Ein gültiges Rezept noch nicht gefunden

Diese moralische Einstellung zum Menschen der farbigen Welt bestimmt aber im letzten den Charakter der Partnerschaft. Über eine wirkliche Hilfe hat man sich in der ganzen westlichen Welt noch viel zu wenig ernsthafte Gedanken gemacht. "Der Westen hat ein gültiges Rezept für die Durchführung der Hilfe noch nicht gefunden", sagte Dr. Allard. "Die einzige Hilfe von wirklicher Bedeutung erfolgt durch die UNO", sagte Dr. Mose. Fest steht, dass schnelle und durchgreifende Hilfe gewährt werden muss. Die Frage, die in der Pressekonferenz auftauchte, ob es besser sei, bilaterale oder multilaterale Hilfe zu leisten, wurde definitiv nicht entschieden. Allgemein wurde jedoch eingesehen, dass eine multilaterale Hilfe, sei es durch das technische Hilfsprogramm der UNO oder durch eine Anleihe der Weltbank, unverdächtiger erscheint, wie es der Leiter der Tagung Willi Eichler ausdrückte, als ein Angebot des Bundesverbandes der deutschen Industrie.

Aber es war auch Ergebnis der Tagung, dass es grosser Anstrengungen bedarf, um sich einander menschlich näher zu kommen, um sich einander begreifen zu lernen und das verlorengegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Woher soll es kommen, wenn heute noch der weisse Mann in Südafrika ungerügt seine Arroganz zur Schau tragen kann und die Afrikaner unterdrückt? Dr. Kadalie, der afrikanische Arzt, hatte eine bessere Konzeption für den Frieden in der Welt und das Zusammenleben der Völker als die Rassenhetzer Südafrikas. Er sagte: "Wir brauchen uns gegenseitig. Wir wollen versuchen, eine bessere Welt aufzubauen. Da haben wir etwas gemeinsam, die Freiheit!"

Willi Richter - 65 Jahre

sp - Viele Telegramme, Glückwünsche und Briefe werden am Mittwoch in der Düsseldorfer Stromstrasse eintreffen. Sie gelten dem Mann, der heute an der Spitze der grössten Organisation in der Bundesrepublik steht, sie gelten Willi Richter, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Willi Richter, dem niemand die Last seiner 65 Jahre ansieht, verkörpert sich ein gutes Stück der deutschen Arbeiterbewegung, ihre Sehnsucht nach einem menschenwürdigen Dasein, ihr Verlangen nach Gerechtigkeit und ihr unbezähmbarer Aufstiegs-wille. Zwar hat sich auch die Stellung der Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft geändert, ihr Aufgabenbereich ist gewachsen, ihre Tätigkeit durchdringt weite Gebiete des öffentlichen Lebens, aber die ursprüngliche Zielsetzung ist doch geblieben: den arbeitenden Menschen jenen Anteil an den Gütern der Nation zu verschaffen, der ihnen gebührt. Die moderne Gewerkschaftsarbeit verlangt von ihren Trägern ein hohes Maß an fundiertem Wissen, an taktischer Geschmeidigkeit und an Verantwortungsbewusstsein, das dem eines Staatsmannes nicht nachstehen darf.

Willi Richter entspricht solchen Anforderungen. Sein Weg vom Volkshüter zur führenden Persönlichkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist begleitet von einem unermüdlichen Lernen an sich selbst und von unablässigen Bemühungen, das Los des deutschen Arbeitnehmers zu verbessern und ihn vor den Wechselfällen der modernen Wirtschaft zu schützen. Nicht umsonst war und ist sein Hauptgebiet das der Sozialpolitik. In seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1957/58 sagte Richter: "Die Zahl der Arbeitnehmer und Rentner, deren Einkommen kaum das Existenzminimum überschreitet, ist immer noch beträchtlich. Auf der anderen Seite erlaubt das rapide Anwachsen von Einkommen und Vermögen in bestimmten Bevölkerungsschichten einen Luxus, der bedenklich ist. Diese ungerechte Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Wirtschaftsergebnisses erfordert wirksame Anstrengungen der Gewerkschaften, um Korrekturen in der Tarif- und Sozialpolitik herbeizuführen." - Diese programmatischen Sätze kennzeichnen den Mann und Politiker Willi Richter. Bei aller Verbindlichkeit und Konzilianz steckt in ihm ein harter Wille, den seine Verhandlungspartner so oft zu spüren bekommen. Er ist der richtige Mann am richtigen Platz, mögen ihm noch viele Jahre tätigen Wirkens für Demokratie und soziale Gerechtigkeit vergönnt sein.

+ + +

Aufnahme Francos in die NATO?

sp - Gehört Franco-Spanien in die NATO? Die NATO wurde geschaffen, um die Freiheit der westlichen Welt zu bewahren. Wenn man sie bewahren will, kann man sich nicht mit den Feinden der Freiheit zum Schutze der Freiheit verbünden. Genau das aber verlangt der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Jäger. Auf dem 8. internationalen Kongress des Europäischen Dokumentationszentrums im Escorial bei Madrid, einem Dummelplatz rückwärts gewandter Abendländer, hat Dr. Jäger für die Aufnahme Spaniens in die NATO plädiert, obwohl er wissen müsste, dass ein Zutritt Francos die NATO der härtesten Belastungsprobe aussetzen, wenn nicht gar sprengen würde. In Grossbritannien, Dänemark, Norwegen und anderen Mitgliedsstaaten der NATO gibt es noch genügend Kräfte, die die Aufnahme Spaniens unvereinbar mit den Prinzipien der westlichen Allianz halten. Das zählt bei Dr. Jäger allerdings nicht viel. Er ist auch nicht so töricht, von einem Beitritt Spaniens eine militärische Stärkung der NATO zu erwarten, ihm geht es darum, den Einfluss klerikaler Kräfte in Westeuropa durch das Gewicht Francos zu vergrössern. Wer heute noch für Franco plädiert, entpuppt sich als ein Freund der klein-europäischen Reaktion.

+ + +